Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis: 1.80 Mk. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebietes 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Sachsenlotterie 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 29201. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Ankündigungen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt
Rotationsdruck u. Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Liegert, Frankenberg

Nr. 58 — Mittwoch den 9. März 1932 nachmittags — 91. Jahrgang

Im Kampfe um den Reichspräsidenten

Reichskanzler Dr. Brüning in Düsseldorf

Düsseldorf, 8. 3. In einer großen Zentrumskundgebung in der Maschinenhalle an der Schäferstraße sprach am Dienstag abend Reichskanzler Dr. Brüning zur Reichspräsidentenwahl. Die große Maschinenhalle füllten rund 10 000 Personen. Reichskanzler Dr. Brüning, stürmisch begrüßt, beschäftigte sich zunächst wie auch am Vortage in Essen mit der Frage der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten. Wenn die Rechtsparteien sich hinter den Generalfeldmarschall gestellt hätten, dann hätten sie ohne Schwierigkeiten sich den Weg zur Macht selbst freigemacht. Hindenburg kandidiere nicht, um Reichspräsident zu bleiben, sondern weil er sich noch einmal in schwerster Stunde dem deutschen Volke opfern wolle, weil er als Soldat und Staatsmann nicht im kritischsten Augenblick von seinem Platze weichen wolle, ohne die Ordnung für die Zukunft des deutschen Volkes gewahrt zu sehen.

Dann wandte sich der Kanzler scharf gegen die Agitation der Nationalsozialisten gegen Hindenburg, die der Jugend jede Ehrfurcht und Achtung vor der großen geschichtlichen Persönlichkeit raube. Was wollten die Nationalsozialisten an Aufbauarbeit leisten? Was wolle Hitler? Wenn er dem Mittelstand und dem Arbeiter verspreche, daß es ihnen glänzend gehen würde, wenn er an die Macht komme, was werde dann geschehen, wenn diese Versprechen nicht gehalten würden? Wenn man die Rechte, die das alles verspreche, in die Regierung hineinnehme, dann würden keine zwei Monate vergehen und die enttäuschten Massen würden nicht hinter einer solchen Regierung bleiben. Er habe die Sorge, daß diese enttäuschten Massen dann zur äußersten Linken hinüberwechseln würden. Schamlos sei die Behauptung, daß die Anverwandten des Reichspräsidenten Anhänger antirepublikanischer Gemeinschaften seien.

Empörend ist es zu sagen: Dieser alte Mann Hindenburg ist garnicht mehr in der Lage, seine Regierungsgeschäfte durchzuführen. Wenn Menschen, die das behaupten, nicht fassen können, daß es ganz außergewöhnliche Persönlichkeiten in der Geschichte gibt und gegeben hat, die bis ins hohe Alter nicht nur ihre geistigen Fähigkeiten, sondern völlige Ungebrochenheit des Willens bewahrt haben und bewahren, dann schätzen sie ihre eigenen geistigen Fähigkeiten nicht hoch ein. Wie gut wäre es gewesen, wenn Moltke wirklich noch einige Jahre — schon 80jährig — dem deutschen Volke erhalten geblieben wäre! Wäre es nicht weit besser gewesen, wenn der greise König Wilhelm I. noch einige Jahre länger gelebt hätte? Es ist notwendig, daß im jetzigen kritischen Augenblick der Reichspräsident in seiner Stellung verbleibt, wo außenpolitisch um Entscheidungen größter Tragweite gekämpft wird. Der Reichspräsident hat dem deutschen Volke vielmehr Ansehen und Autorität wieder verschafft, als vielleicht die meisten unter uns überhaupt ahnen können.

Große Wahlkundgebung für Duesterberg in Chemnitz

Nachdem die Deutschnationalen in der vorigen Woche in einer großen Massenversammlung die deutschnationale Stellung zur Kandidatur Duesterbergs begründet hatten, veranstaltete jetzt der Stahlhelm eine machtvolle Wahlkundgebung, bei der der bekannte Baltikumkämpfer und Stahlhelmer Freiherr v. Medem über das Thema „Parole Duesterberg" sprach.

Der Redner wies darauf hin, daß das Wort „Die Treue ist das Mark der Ehre", das vor sieben Jahren von den nationalen Kreisen in den Wahlkampf geschleudert worden war, aus glattem Parteiinteresse heute von der Gegenseite aufgenommen worden sei. Seldte habe schon vor sieben Jahren befürchtet, daß Hindenburg eines Tages der Gefangene des Systems sein werde, und um ihn nun endlich aus diesen Ketten zu befreien, habe man Duesterberg aufgestellt. Wer Hindenburg wahrhaft die Treue halten wolle, der dürfe ihn jetzt nicht wählen, um seiner und um der Ehre willen, und es sei tiefbedauerlich, daß ausgerechnet General v. Horn Hindenburgs letzte Bedenken zerstreut habe, indem er eine Haltung angenommen, die nicht der Stimmung des Kyffhäuserbundes entspräche.

Unter der Präsidentschaft Hindenburgs sei der Staat von Weimar nicht zum Staat der Frontidee geworden, und die Männer der Frontidee seien nicht zum Einsatz gekommen, sondern verfolgt worden, wie kaum je zuvor. Jedes andere Volk würde heute Hugenberg auf den Schild erheben, der Punkt für Punkt seit Jahren die Entwicklung vorausgesagt. In jedem anderen Lande würden die Männer, die nicht auf ihn gehört und sich immer wieder von den Ereignissen hätten überraschen lassen, unmöglich sein. In Deutschland dürften sie weiter regieren und erklären, sie müßten in der Regierung bleiben, damit nicht das Chaos komme. Als man dem Reichspräsidenten erhöhte Macht habe geben wollen, sei ein Sturm durch Deutschland gegangen. Heute jage eine Notverordnung die andere, von seinem Namen unterschrieben, und verkörpere auf Grund des Artikels 48 eine Macht, die niemals ein Monarch in Deutschland besessen. Es stehe deshalb ganz unwillkürlich die Frage auf, warum er niemals von dieser Macht Gebrauch gemacht habe, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Darum müsse der Wahlkampf der nationalen Front ein Befreiungskampf für Hindenburg im Kampfe gegen seine Kandidatur sein, damit er in seinen letzten Jahren wieder ganz den alten Frontsoldaten gehöre. Deutschland komme erst dann wieder vorwärts, wenn erst wieder ein Mann an einer Spitze stehe, auf dem keine Partei und keine Macht der Welt Einfluß auszuüben vermag.

Der Redner ging dann auf die Harzburger Front ein, die auch für die Reichspräsidentenwahl zusammengeschweißt worden sei. Leider hätten die Nationalsozialisten dann aus parteimäßigen Gründen Stahlhelm und Deutschnationale angegriffen. Man könne diese Gründe verstehen, aber man stehe auf dem Standpunkt, daß Politik heute nicht um Parteien, sondern um Staat und Nation gehe. Man könne heute nicht mit 51 Prozent die Regierung übernehmen, da jedes mißglückte Experiment von rechts unweigerlich zum Bolschewismus führen müßte. Es gelte deshalb heute, das gemeinsame nationale Wollen herauszustellen. Die Kandidatur Duesterbergs sei durchaus eine Ueberzeugungskandidatur, und vom zahlenmäßigen Standpunkte aus sei es sehr gut, daß Hitler und Duesterberg die nationalen Stimmen in Deutschland sammelten. Der Kampfblock „Schwarz-weiß-rot" solle ein Block der konservativ-nationalistischen Kräfte sein, deshalb hätten in ihm auch nur konservativ-nationalistische Menschen Berechtigung. Mit der Kandidatur Duesterberg bekenne man sich zu dem Begriff: national-sozial.

Hugenberg in Königsberg

Königsberg, 9. 3. Auf einer Wahlkundgebung des Kampfblockes Schwarz-weiß-rot sprach hier am Dienstag der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg unter der Parole: „Stürzt das Euch alle vernichtende System! Wählt am 13. März Duesterberg!" Außenpolitisch und innenpolitisch, so führte er u. a. aus, geht alles immer weiter bergab. Die Regierung Brüning hat sich den künftigen Gedanken der deutsch-österreichischen Zoll-Union entwinden lassen. Sie duldet jetzt, daß Tardieu an ihre Stelle eine Zoll-Union von der Donau bis zur Weichsel setzt, die Deutschland wirtschaftlich abriegeln würde. Das Memelgebiet, das bis auf die letzte Hütte deutsch ist, wird von einem kleinen Zwergstaate frivol in seinen Rechten bedroht, weil Deutschland nicht einmal den Mut findet, mit den Mitteln, die auch einem entwaffneten Staate bleiben, mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen auf diese Herausforderung des ganzen Deutschtums zu antworten. So wächst die Begehrlichkeit auf deutsches Land im Osten ständig, in diesem Osten, wo gegen Ende des Krieges der Respekt vor Deutschland so groß war, wie nie zuvor.

Innenpolitisch erheben als Ankläger Millionen von Arbeitslosen, Millionen von Bauern, Millionen von ringenden und gebrochenen Existenzen, die Faust. Es sind jetzt zwei Jahre, daß Hindenburg und die Regierung Brüning Rettung der Landwirtschaft feierlich versprochen haben. Statt dessen geht es heute der ganzen deutschen Landwirtschaft noch unendlich viel schlechter als vor zwei Jahren. Das „System", d. h. die gemeinsame Herrschaft von Zentrum und Sozialdemokratie, der Bremsbock sozialistischer Einflüsse auf Preußen und Reich hat eine durchgreifende Hilfe unmöglich gemacht. Ich habe früher einmal gesagt: „Sozialismus ist Erwerbslosigkeit". Ich hätte mit gleichem Rechte sagen können: Sozialismus ist Bauerntod". Sozialismus und Landwirtschaft sind wie Feuer und Wasser, „Bauernbdoktor" sein — das glaube ich in meiner Jugend als Siedlungsmann und Raiffeisenverbandsdirektor gelernt zu haben. Was ich inzwischen auf dem Gebiet der Landwirtschaftspolitik an unwahrhaftiger Parteiagitation, an bauernfeindlicher Stimmungsmache, an Kurzsichtigkeit und Willensschwäche der Anderen habe beobachten müssen, läßt es mir nicht unbescheiden vorkommen, wenn ich geradezu sage: Es wird Zeit, daß alle Bauern zu mir kommen, und daß wir gemeinsam zu einigen harten starken Stößen ausholen — dann wollen wir unseren deutschen Osten und die deutsche Landwirtschaft schon wieder in Ordnung bringen.

Kurzer Tagesspiegel

Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 9. März den Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent und den Lombard von 8 auf 7 Prozent ermäßigt.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der Frage des Zugabeverbotes und des unlauteren Wettbewerbes sowie mit der Erneuerung der Zollermächtigung.

Die allgemeine Aussprache in Genf über den Fernostkonflikt in der Vollsitzung des Völkerbundes wurde am Dienstag abgeschlossen. Es soll eine Entschließung für die endgültige Stellungnahme des Völkerbundes zum chinesisch-japanischen Streitfall gefaßt werden.

In amerikanischen Regierungskreisen ist man wegen der erneuten japanischen Aktivität in Schanghai besorgt. Man befürchtet einen neuen Vorstoß am Jangtse.

Die Aufwärtsbewegung der Arbeitslosenzahl ist in der zweiten Februarhälfte zum Stillstand gekommen. Ende Februar waren rund 6 128 000 Arbeitslose gemeldet, annähernd ebensoviel wie Mitte Februar.

Die NSDAP hat einen von Dr. Goebbels unterzeichneten offenen Brief an den Minister Groener gerichtet, in dem gegen die in der letzten Zeit erfolgten Verbote und Beschlagnahmungen von Parteiorganen und Wahlmaterial Einspruch erhoben wird.

Der japanische Oberbefehlshaber hat die Absendung eines neuen Ultimatums angeordnet, in dem die sofortige Zurückziehung der chinesischen Truppen um weitere 10 Kilometer gefordert wird, andernfalls Japan die Feindseligkeiten erneut eröffnen wird.

Der ungarische Außenminister Walko ist in Rom eingetroffen.

Die polnische Regierung hat Deutschland bestimmte Zollvorschläge unterbreitet, in denen u. a. Abschluß eines Zollfriedens, Aufhebung der Kampfzölle und Einführung von autonomen Zollsätzen gewünscht wird.

Auf der Nizza-Zahnradbahn ereignete sich ein schweres Unglück, bei dem drei Personen getötet wurden.

Die Aussprache in Genf

Man will eine Entschließung ausarbeiten

Worte, nichts als Worte

Genf, 8. 3. In der allgemeinen Aussprache der Völkerbundsversammlung über den chinesisch-japanischen Streitfall kamen am Dienstag die Vertreter von Ungarn, Südafrika, Haiti, Bulgarien, Südslavien, Salvador, Irland, Indien und Lettland zu Wort. Uebereinstimmend wurde Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Völkerbundspaktes und Durchführung der sich aus dem Völkerbundspakt und den internationalen Verträgen ergebenden Verpflichtungen, ferner ein energisches Vorgehen des Völkerbundes gegen jeden angreifenden Staat gefordert.

Der englische Außenminister Simon teilte mit, daß die vier in Schanghai hauptinteressierten Mächte, England, Frankreich, Amerika und Italien von jetzt ab täglich der Völkerbundsversammlung einen Kriegsbericht über die Lage an der Schanghaier Front vorlegen werden.

Paul-Boncour gab bekannt, daß die Ratsmächte ein gemeinsames Schreiben an ihn gerichtet haben, in dem sie ihn ersuchen, den Völkerbund selbst bei den Beisetzungsfeierlichkeiten für Briand am Sonnabend zu vertreten. Ferner wird der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der stellvertretende Generalsekretär Avenol und der Präsident der Völkerbundsversammlung, Hymans, an den Pariser Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen.

Die allgemeine Aussprache ist am Dienstag abgeschlossen worden. Auf Antrag Beneschs wurde ein Vorschlag angenommen, demzufolge das Präsidium der Vollversammlung nunmehr gemeinsam mit denjenigen Mächten, die praktische Vorschläge zur Regelung des Streitfalles einreichen, zusammentreten wird, um eine Entschließung auszuarbeiten, in der die Grundlagen für die endgültige Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Streitfall festgelegt werden. Sämtliche Mächte werden aufgefordert, bis Mittwoch vormittag Vorschläge einzureichen.

Die Hauptaussprache wurde mit kurzen Erklärungen der Vertreter Chinas und Japans abgeschlossen. Unter starkem Beifall gab der chinesische Gesandte Yen eine Erklärung ab, in der er der Versammlung für die fast einmütige Haltung dankte. Die japanische Regierung habe durch ihr Vorgehen die internationalen Verträge offen gebrochen. Die japanische Invasionsarmee habe trotz aller Forderungen des Völkerbundsrates immer weitere Gebiete besetzt. Die chinesische Regierung verlange daher, daß die bisherigen Aufforderungen des Völkerbundsrates an die japanische Regierung, zur sofortigen Räumung des besetzten Gebietes zu schreiten, nun endlich durchgeführt würden. Die sogenannte mandschurische Bewegung sei ein Phantom. Die mandschurische Bewegung werde wie ein Kartenhaus zusammenfallen, sobald die japanische Waffengewalt aufgehört habe.

Der japanische Botschafter Sato, von der Versammlung mit Schweigen begrüßt, wies auf die Grundsätze der Politik Japans im Fernen Osten hin. Japan habe niemals die Absicht, die politische und territoriale Selbständigkeit Chinas anzugreifen. Im Fernen Osten herrsche eine besondere Lage, die einen Vergleich mit anderen Weltteilen nicht zulasse. Das Vorgehen Japans sei durch die Bedrohung der japanischen Interessen notwendig geworden. Die japanische Regierung habe nicht die Absicht, durch militärischen Druck die chinesische Regierung zu neuen Vorrechten für die Japaner zu zwingen. Japan verlange Erfüllung des Völkerbundspaktes im Sinne der bestehenden Tatsachen.

Antwort an Staatssekretär Meißner

Dresden, 8. 3. Die Deutschnationale Volkspartei, Bezirksverband Dresden, verbreitete dieser Tage einen Aufruf an ihre Mitglieder, in dem die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten u. a. damit abgelehnt wurde, daß er den „SPD-Staatssekretär Meißner, den Berater des früheren Reichspräsidenten" in seinem Amte belassen habe. Dr. Meißner hat daraufhin bei der sächsischen Regierung durch deren Gesandtschaft in Berlin Beschwerde erhoben und Verwahrung „gegen diese, sowohl das Vertrauen zu dem Herrn Reichspräsidenten schädigende, als auch ihn persönlich herabsetzende Behauptung" eingelegt. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Bezirksverband Dresden, antwortete darauf Dr. Meißner mit einem Schreiben, an dessen entscheidenden Punkten es heißt:

Sie wollen mir die Bitte um eine Ergänzung Ihrer Zuschrift gestatten.

Jahrelang sind Sie enger Mitarbeiter des Herrn Friedrich Ebert gewesen. Ich vermag zunächst, d. h. bis zu einer Erläuterung durch Sie nicht einzusehen, wieso Sie dies Amt bekleiden konnten, indem Sie etwa politischer Gegner des Herrn Ebert waren, indem Sie etwa nicht einer

SLUB
Wir führen Wissen.